



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen



Bericht aus dem Landtag in Düsseldorf

Die wichtigsten Themen der Plenarwoche

Reparatúrausgaben für rot-grüne Fehler

Rund 1,55 Mrd. € will die Landesregierung mit Hilfe eines Nachtragshaushalts ausgeben. Finanzminister Lutz Lienenkämper will damit die dringlichsten Versäumnisse der Vorgängerregierung reparieren. Jahrelang vernachlässigte Bereiche wie innere Sicherheit und KiTa-Finanzierung sollen gestärkt werden.

Laschet plant einen Stahlgipfel

Die schwarz-gelbe Landesregierung will im Dezember über die Folgen einer möglichen Fusion Thyssen-Krupp/Tata beraten. Ministerpräsident Laschet kündigte an, bei diesem „Stahlgipfel“ keine unternehmerischen Entscheidungen zu beeinflussen, aber politische Rahmenbedingungen zur Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu schaffen.

Entfesselungskampagne im Sport

Anstatt den Sport mit immer mehr Bürokratie zu belasten, wird die NRW-Koalition den Sport entfesseln. Die Flut von Verwaltungsvorschriften soll eingedämmt und Verfahren beschleunigt werden. Leidtragende der zuletzt vorherrschenden Regulierungswut waren meist Ehrenamtliche, die ihre Zeit statt für den Sport für einen Dschungel aus Richtlinien, Verwaltungsvorschriften, Durchführungshinweise und Nebenbestimmungen nutzen mussten.

Minister Laumann kämpft für Kliniken

Karl-Josef Laumann gab letzte Woche im Landtag bekannt, durch neue Regelungen im Krankenhausgestaltungsgesetz dringend nötige Strukturveränderungen umzusetzen. Ergänzend zur Pauschalförderung wird die Investitionsförderung künftig stärker an die Strukturentwicklung gekoppelt.

Um den Krankenhäusern schnelle Investitionen in die Infrastruktur zu ermöglichen werden im Rahmen des Nachtragshaushalts 2017 zusätzliche Mittel im Rahmen eines Sonderprogramms bereitgestellt. Die Regierungsfractionen haben beantragt, den kommunalen Anteil von 40% in das Jahr 2018 zu verschieben. Karl-Josef Laumann: „Mein Ziel ist es, die Versorgung mit qualitativ guten Krankenhäusern in NRW dauerhaft und flächendeckend zu sichern.“



Gespräch bei „Leibniz im Landtag“

Im Rahmen der jährlichen Veranstaltungsreihe „Leibniz im Landtag“ konnte Daniel Hagemeyer sich mit Prof. Dr. Martin Möller (Bildmitte) und Prof. Dr. med. Stefan Jockenhövel vom Uniklinikum Aachen rund um das Thema „Innovationsstau in der Gesundheitstechnologie für Medizinprodukte—wie können wir die Entwicklung innovativer Medizinprodukte validieren?“ austauschen.



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen



100 Tage Schwarz-Gelb

Raus aus dem Glaspalast, ran an die Probleme. Die Staatskanzlei residiert nun wieder im historischen Landeshaus „Villa Horizon“. In seinen ersten 100 Tagen als Ministerpräsident hat sich Armin Laschet als Macher und Problem-Anpacker präsentiert.

Erste Weichen gestellt

Beginn der Neuausrichtung im Bereich Schulpolitik: Förderschulen müssen trotz sinkender Anmeldezahlen nicht zwingend schließen. Die Rückkehr zum Abitur nach neun Gymnasialjahren gilt bereits für die jetzigen Viertklässler. Unterrichtsausfall soll

digital und schulscharf erfasst werden.

Angepackt: Kita-Rettung

Mit einer Einmal-Zahlung an die Jugendämter wird den Trägern kurzfristig und unbürokratisch unter die Arme gegriffen. Insgesamt landen gute 7,2 Mio. € im Kreis Warendorf, und zwar 4,4 Mio. € beim Kreis, 1,3 Mio. € in Ahlen, 860.000 € in Beckum

und 660.000 € in Oelde. Für weitere U3-Plätze stellt das Land knapp 43 Mio. € aus Rückflüssen zur Verfügung.

Entfesselungspaket

Das Paket ist auf den Weg gebracht: nicht nur für die Wirtschaft, sondern für alle Bereiche wie die Bürokratie im Sport. Die Verwaltung der Pflege oder auch eine Landesbauordnung. Ob Tariftreue- und Vergabegesetz, Ladenöffnungsgesetz oder „Hygiene-Ampel“ - wir wollen Abläufe vereinfachen.



Innere Sicherheit

Mehr moderne Technik für die Polizei: dazu wurden kurzfristig 3 Mio. € zur Verfügung gestellt. Auch die Angleichung rechtlicher Standards zwischen den Bundesländern ist auf dem Weg. Es darf keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit geben.

Mehr Personal für die Polizei

2300 und damit 300 mehr Kommissaranwärter als von der Vorgängerregierung ursprünglich geplant wurden zum 1. September eingestellt.